



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten

 **Bauernverband
Sachsen-Anhalt e.V.**


**Bauernbund
Sachsen-Anhalt e.V.**

Gemeinsame Erklärung

zur Sicherung der Liquidität und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft

in Sachsen-Anhalt

zwischen

der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt,

dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Sachsen-Anhalt,

dem Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. und

dem Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.

Präambel

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt steht infolge anhaltender wirtschaftlicher und geopolitischer Belastungen vor erheblichen Herausforderungen. Stark gestiegene Energie-, Betriebsmittel- und Düngemittelkosten, volatile Agrarmärkte, witterungsbedingte Risiken sowie teilweise unzureichende Erlössituationen führen in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen zu einer angespannten Liquiditätslage.

Die Unterzeichner bekennen sich gemeinsam zur Sicherung einer leistungsfähigen, wettbewerbsfähigen und regional verankerten Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt. Ziel ist es, kurzfristige Liquiditätsengpässe abzufedern und zugleich strukturelle sowie langfristige Maßnahmen zur Krisenfestigkeit und Zukunftssicherung der Branche zu entwickeln.

Der Agrargipfel Sachsen-Anhalt dient hierbei als gemeinsame Plattform, um die Expertise von Landwirtschaft, Kreditwirtschaft, Agrarhandel und Politik zu bündeln und konkrete Handlungsoptionen zu entwickeln.

Gemeinsame Zielsetzungen

Die Unterzeichner verfolgen insbesondere folgende Ziele:

- Sicherung der Liquidität und Existenz landwirtschaftlicher Unternehmen in Krisenzeiten,
 - Vermeidung struktureller Betriebsschließungen und Erhalt der Unternehmensvielfalt,
 - Stärkung der Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt,
 - Entwicklung eines langfristigen Gesamtkonzeptes zur wirtschaftlichen Entlastung der Branche.
-

Kurzfristige Maßnahmen und Unterstützungsinstrumente

Die Unterzeichner begrüßen die bestehenden Liquiditätshilfen des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat gemeinsam mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Volumen von 200 Millionen Euro für zinsvergünstigte Liquiditätshilfen als wichtigen ersten Schritt.

Darüber hinaus sollen bestehende Instrumente konsequent genutzt und weiterentwickelt werden. Hierzu zählen insbesondere:

- Stundung von Steuern und Pachtzahlungen
 - Ankauf von Flächen durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, mit dem Ziel diese an den veräußerten Betrieb für die Dauer von 6 Jahren zu verpachten und den Rückkauf nach Ablauf der Frist zu ermöglichen.
 - Agrar-Bürgschaft der Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH
 - verstärkte Nutzung und Ausbau der sozioökonomischen Beratung des Landes Sachsen-Anhalt zur Stabilisierung betroffener Unternehmen
 - Administrative Entlastungen durch praxisnahe Fristverschiebungen bei Melde- und Nachweispflichten sowie konsequente Digitalisierung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren.
-

Langfristige strategische Maßnahmen

Die Unterzeichner sind sich einig, dass kurzfristige Hilfen allein nicht ausreichen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen zu gewährleisten. Erforderlich ist ein langfristiges Gesamtkonzept zur Entlastung und Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Hierzu sollen insbesondere folgende Ansätze weiterverfolgt werden:

- Ausbau von Risikoausgleichs- und Vorsorgemodellen,
 - Beschleunigung von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, insbesondere bei Investitionen in Stallbau, erneuerbare Energien, Bewässerung, Lagerkapazitäten und betrieblichen Modernisierungen,
 - deutlicher Bürokratieabbau auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene:
 - praxisnahe Fristverschiebungen bei Melde- und Nachweispflichten,
 - Straffung und Synchronisierung von Melde- und Nachweispflichten auf das notwendigste Maß,
 - konsequentere Nutzung von möglichen verwaltungstechnischen Ermessensspielräumen zugunsten der Wirtschaft,
 - konsequente Digitalisierung und
 - Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, insbesondere durch den Abbau von Dokumentationspflichten sowie durch Wegfall von doppelten Meldepflichten.
 - Bekenntnis zur Unterstützung von landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten.
-

Gemeinsame Erwartungen an den Bund

Die Unterzeichner appellieren an die Bundesregierung, die Landwirtschaft in Deutschland angesichts der außergewöhnlichen Belastungssituation nachhaltig zu unterstützen.

Hierzu gehören insbesondere:

- eine weitere Verbesserung und Ausweitung bestehender Liquiditätsprogramme,
- eine deutliche Erhöhung bei der Agrardieselmrückvergütung,
- Einführung eines dauerhaft steuerbegünstigten Agrardiesels nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten,
- Schaffung einer steuerfreien Gewinnrücklage für alle Betriebsformen,
- die Schaffung zusätzlicher steuerlicher Entlastungsmöglichkeiten,
- eine stärkere Einbindung der Länder und der landwirtschaftlichen Praxis bei zukünftigen Krisenmaßnahmen,
- Schaffung bundesrechtlicher Regelungen, wonach für Genehmigungsverfahren grundsätzlich die zum Zeitpunkt der Antragstellung geltende Rechtslage maßgeblich ist, um nachträgliche Umplanungen, zusätzliche Kosten und Investitionsunsicherheiten während laufender Verfahren zu vermeiden,
- verlässliche Regelungen und bei zwingenden Änderungserfordernissen ausreichende Übergangsfristen, die sich bei Auswirkung auf Investitionen an der Nutzungsdauer orientieren,
- zügige Umsetzung des im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarten 20-jährigen Bestandsschutzes für Stallanlagen sowie
- Berücksichtigung der gewachsenen Agrarstrukturen in Ostdeutschland im Rahmen der Verhandlungen zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Pauschale Kappungen oder Degressionen von Direktzahlungen würden gerade größere, arbeitsintensive und kooperative Betriebe erheblich belasten und damit Wertschöpfung, Beschäftigung, Tierhaltung und Stabilität in den betroffenen ländlichen Räumen gefährden.

Gemeinsames Verständnis

Die Unterzeichner verstehen diese Gemeinsame Erklärung als gemeinsames und sichtbares Signal der Verantwortung und Zusammenarbeit. Ziel ist es, die wirtschaftliche Stabilität der Landwirtschaftsbranche in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern und gemeinsam tragfähige Perspektiven für die Zukunft des Agrarsektors zu entwickeln.

Die Unterzeichner vereinbaren, den begonnenen Dialog fortzuführen und die Ergebnisse des Agrargipfels in konkrete Maßnahmen und weitere Abstimmungsprozesse zu überführen.

Magdeburg, den 08. Juni 2026

Ministerpräsident Sven Schulze

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

Minister Michael Richter

Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt

Präsident Olaf Feuerborn

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.

Präsident Martin Dippe

Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.